Datenstrategie für Österreich - Entwurf des Bundesministeriums für Finanzen (BMF)

Stellungnahme: Bundesanstalt Statistik Österreich („Statistik Austria“)

Datum: 02.05.2024

Übermittelt via Email an: post.v-1@bmf.gv.at

Hintergrund

Neben der eigenen Expertise von Statistik Austria als das Nationale Statistikamt Österreichs und als Nationaler Datensteward für Amtliche Statistik basieren die folgenden Kommentare u.a. auf folgenden Stellungnahmen und Expertisen:

- [Stellungnahme Statistikrat vom 07.09.2022](#)
- [Stellungnahme RFTE vom 24.11.2022](#)
- [Expertise „Datenexzellenz - Strategien für Österreich“ vom 24.11.2022](#)

Grundsätzliche Kommentare

- Insgesamt geht der Entwurf der „Datenstrategie für Österreich“ in die richtige Richtung. Er betont die Notwendigkeit eines neuen Verständnisses der Datennutzung zum Wohle der Gesellschaft und benennt Voraussetzungen. Dass der öffentliche Sektor voranschreiten soll, unterstreicht die Ambitionen, die der Standort Österreich auch im internationalen Vergleich einnehmen will. Insbesondere wird die Bedeutung eines verbesserten Zugangs zu Daten und die Steigerung der Interoperabilität in den Dimensionen „technisch“ und „semantisch“ hervorgehoben (weitere zu nennen wäre die „rechtliche“ und „organisationale“ Interoperabilität). Als wesentliche Elemente hierfür nennt der Entwurf zurecht die Benennung von Funktionen bzw. Rollen im Datenökosystem, die Etablierung von Standards im Hinblick auf Daten und Metadaten, die Einrichtung eines Gesamtkatalogs des Datenbestands des öffentlichen Sektors sowie die Schaffung von „Datenräumen“, in denen die datenschutzkonforme Nutzung geschützter Daten möglich ist. Ein Beispiel, wie dies bereits erfolgreich umgesetzt wurde, ist das Austrian Micro Data Center (AMDC) von Statistik Austria.
- Weiterhin betont der Entwurf an vielen Stellen die Chance, die sich aus dem Data Governance Act (DGA) ergibt. Dieser hätte bis zum 24. September 2023 von den Mitgliedstaaten national angewendet werden müssen. Insofern droht Österreich derzeit ein Vertragsverletzungsverfahren. Der Entwurf greift die verschiedenen von den Mitgliedsstaaten zu benennenden Rollen auf und betont ihre Bedeutung, so zum Beispiel die Benennung einer Zentralen Informationsstelle, die einen Gesamtkatalog des Datenbestands des öffentlichen Sektors führt, und die von Zuständigen Stellen, die für bestimmte Datenbereiche Verantwortung tragen. Konkrete Umsetzungen bzw. Zuweisungen nimmt der Entwurf nicht vor. Insofern bleibt er in diesem Punkt vage.
→ In der „Datenstrategie für Österreich“ sollten Rollenzuweisungen klar benannt werden oder zumindest die Voraussetzungen, die z.B. die Zentrale Informationsstelle und die Zuständigen Stellen haben sollten. Wichtige Hinweise hierzu hat der Statistikrat in seiner Stellungnahme zur nationalen Anwendung des DGA vom 07.09.2022 gegeben. Entsprechend sollte die Zentrale Informationsstelle u.a. höchstes Vertrauen in der Bevölkerung, der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung genießen und unabhängig sein. Damit trotz Unabhängigkeit höchste Qualität sichergestellt ist, sollte eine externe

Qualitätskontrolle (Peer Review) vorhanden sein. Das Gebot der Sparsamkeit legt nahe, dass die Zentrale Informationsstelle wirtschaftliche Skalenvorteile hinsichtlich Prozessen, Fachkompetenz der Mitarbeiter und technologischer Infrastruktur aufweisen sollte. Zudem sollte die Stelle über etablierte Standards im Umgang mit Datensammlung, -aufbereitung und -bereitstellung aufweisen und horizontale (d.h. themenübergreifende) Daten- und Methodenkompetenz vorweisen. Eine Kultur der engen Vernetzung z.B. zum Austausch von Best Practices mit anderen Ländern sollte sie auszeichnen.

- Der Entwurf der „Datenstrategie für Österreich“ geht nicht nur auf den Data Governance Act (DGA) ein, sondern auch auf andere europäische Rechtsakte, die aus der Europäischen Datenstrategie abgeleitet sind, wie z.B. den Data Act (DA) oder die Rechtsakte zu den Common European Data Spaces (z.B. European Health Data Space Act - EHDSA). Allerdings verpasst es der Entwurf, die sich aus den unterschiedlichen Rechtsakten ergebenden Rollen und Funktionen in einem Gesamtkonzept zu beschreiben. Somit besteht die Gefahr von Doppelstrukturen, wenn z.B. im Themenfeld Gesundheitsdaten die Zuständige Stelle nach DGA abweichend vom Nationalen Zugangspunkt nach EHDSA benannt wird. Dies wäre ineffizient und würde sich negativ auf die Interoperabilität auswirken.

→ Die „Datenstrategie für Österreich“ sollte die sich aus europäischen Rechtsakten (u.a. Data Governance Act, Data Act, Common Data Space Acts) ergebenden Rollen und Funktionen in einem Gesamtkonzept denken und Doppelgleisigkeiten vermeiden.

- Der Entwurf der „Datenstrategie für Österreich“ geht wenig oder gar nicht auf bestehende Standards der Datenqualität und bestehende Verhaltenskodizes ein, zu deren Einhaltung sich Österreich international verpflichtet hat. Beispiele sind die „United Nations Fundamental Principles of Official Statistics“, der „European Statistics Code of Practice“, das „United Nations National Quality Assurance Framework for Official Statistics“ oder das „Quality Assurance Framework of the European Statistical System“. Somit nutzt der Entwurf die umfangreichen und langjährigen Erfahrungen in diesen Bereichen nicht und läuft zudem Gefahr, dass die Anschlussfähigkeit etwaiger neuer Standards mit jenen, die von Österreich im Rahmen der amtlichen Statistik einzuhalten sind, nicht gegeben ist.

→ Die „Datenstrategie für Österreich“ sollte bestehende Standards der Datenqualität und bestehende Verhaltenskodizes berücksichtigen und zumindest die Anschlussfähigkeit sicherstellen – gerade wenn es sich um Standards handelt, zu deren Einhaltung Österreich international verpflichtet ist.

- Wie erwähnt betont der Entwurf an vielen Stellen die Chance, die sich aus dem Data Governance Act (DGA) ergibt. Da dieser bis zum 24. September 2023 von den Mitgliedstaaten hätte national angewendet werden müssen, droht Österreich derzeit ein Vertragsverletzungsverfahren. Bei einer etwaigen nationalen Anwendung des DGA sollten die rechtlichen Rahmenbedingung in einem DGA Begleitgesetz so geregelt werden, dass sie die wichtige Überlegungen der „Datenstrategie für Österreich“ berücksichtigen.

→ Die „Datenstrategie für Österreich“ sollte bei der nationalen Anwendung des DGA im Rahmen eines DGA Begleitgesetzes berücksichtigt werden.

Kommentare im Einzelnen

Kommentare im Einzelnen und Ergänzungsvorschläge werden auf den folgenden Seiten direkt an den entsprechenden Stellen des bzw. im Anschluss an den Entwurf der „Datenstrategie für Österreich“ gegeben.

Datenstrategie für Österreich

Entwurf des Bundesministeriums für Finanzen (BMF)

Warum braucht es eine Datenstrategie? Vision und Ziele

Daten bilden die Grundlage für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt und stehen im Zentrum der Digitalisierung. Die Verfügbarmachung von Daten erlaubt es unterschiedlichen Akteuren, an der Datenökonomie zu partizipieren und damit (wissenschaftliche) Erkenntnisse zu gewinnen, die evidenzbasierte Entscheidungen in allen Gesellschaftsbereichen unterstützen. Ebenso sind Daten essenziell für die Entwicklung neuer und Weiterentwicklung bestehender Produkte und Dienstleistungen. Für die Verbesserung von KI-Algorithmen und Sprachmodellen sind Daten unerlässlich und nur bei deren Verfügbarkeit eine wesentliche Triebkraft für Innovation.

Die vorliegende Datenstrategie bildet einen allgemeinen strategischen Rahmen für den Umgang und die Nutzung von Daten in Österreich. Durch die Schaffung entsprechender organisatorischer, rechtlicher und technischer Rahmenbedingungen beabsichtigt die Bundesregierung den Austausch und die breite Nutzung von Daten bei gleichzeitiger Wahrung hoher Datenschutz- und Sicherheits-Standards zu fördern. Die Art und Weise, wie Daten künftig zum Wohle der Allgemeinheit genutzt werden sollen, muss dabei auf der Grundlage ethischer Prinzipien erfolgen und in Einklang mit den europäischen Werten und Grundrechten stehen.

Die Bundesregierung orientiert sich mit den Zielen der österreichischen Datenstrategie an der europäischen Vision eines gemeinsamen Binnenmarkts für Daten und den allgemeinen Zielsetzungen der Europäischen Datenstrategie.

Vision: Datennutzung zum Wohle der Gesellschaft

Eine verbesserte Datennutzung zwischen Forschung, Wirtschaft, öffentlicher Verwaltung und Gesellschaft soll zur Förderung evidenzbasierter Politik und des Gemeinwohls sowie zu wirtschaftlichem Erfolg beitragen. Mit dieser Datenstrategie für Österreich möchte die Bundesregierung eine Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung österreichischer Akteure erreichen.

Über einheitliche Standards, Verfahren und Leitlinien soll die Weiterverwendbarkeit von Daten erleichtert, ihre Auffindbarkeit, Verfügbarkeit und Qualität erhöht werden. Dies soll zu einer vermehrten Datennutzung zum Wohle der Gesellschaft und zur Stärkung der Innovationskraft der österreichischen Wirtschaft und Forschung beitragen.

Faire Rahmenbedingungen für alle sollen zur Schaffung von Rechtssicherheit, Transparenz und Vertrauen in die Datennutzung und zur Erhöhung der Verfügbarkeit von Daten beitragen. Durch ein gemeinsames Bekenntnis zum verbesserten Umgang mit Daten in Österreich können bislang ungenutzte Potenziale aktiviert werden.

Im Sinne der Vision des digitalen Humanismus ist es in Zeiten rapider technischer Entwicklungen von essenzieller Bedeutung, den Menschen in den Mittelpunkt des Fortschritts zu stellen. Dieses Grundprinzip ist bei allen die Digitalisierung steuernden Entscheidungen zu berücksichtigen. Auch bei datengetriebenen Innovationen müssen demokratische Grundwerte wie Transparenz, Souveränität und die Wahrung von Persönlichkeitsrechten immer im Vordergrund stehen. Die Nutzung von Daten muss daher von einem hohen Maß an Datenschutz, Sicherheit und ethischen Standards begleitet werden.

Datensysteme und auf ihnen aufbauende datengetriebene Algorithmen müssen so konzipiert sein, dass sie die Vielfalt unserer Gesellschaft reflektieren und dass Diskriminierungen von sozialen Gruppen vermieden werden. Ebenso müssen Dateninfrastrukturen und Datenökosysteme so konzipiert sein, dass diese zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele beitragen. Daten sollen ebenso zur Stärkung der Inklusion und der Teilhabe unterschiedlicher Akteure beitragen.

Zielsetzungen

Ziel 1: Nachhaltige Dateninfrastrukturen und technische Lösungen für den effizienten Datenaustausch entwickeln

Ein wesentliches Element der Europäischen Datenstrategie ist die Stärkung einer auf Dezentralität und Vielfalt aufbauenden Datenökonomie. Das Kennzeichen dieser Datenökonomie ist der Austausch von Daten zur Mehrfachnutzung zwischen unterschiedlichen Akteuren. Die Bundesregierung beabsichtigt daher die Förderung von Projekten, die eine gemeinsame Datennutzung ermöglichen und plant Investitionen in Dateninfrastrukturen und vertrauenswürdige Cloud-Lösungen.

Um einen effizienten Datenaustausch in den einzelnen Domänen (z.B. Gesundheit, Mobilität, Umwelt, etc.) und an den Domänenschnittstellen zu unterstützen, plant die Bundesregierung zudem die Förderung der technischen und semantischen Interoperabilität. Auch die Förderung innovativer Technologien, z.B. die Bereitstellung von synthetischen Daten soll dazu beitragen, den Datenaustausch und die Datennutzung zu steigern.

Die Bundesregierung plant die Unterstützung beim weiteren Aufbau von technischen Tools und Dienstleistungen wie z. B. Datenräumen (Data Spaces) als technologische Basis für einen kooperativen und innovativen Datenaustausch zwischen unterschiedlichen Akteuren. Das in der Europäischen Datenstrategie definierte Konzept der Schaffung gemeinsamer europäischer Datenräume wird von Österreich aufgegriffen. Ziel der Bundesregierung ist es, die aktive Beteiligung Österreichs beim Aufbau europäischer Datenräume zu fördern.

Ziel 2: Potenziale zur verantwortungsvollen gemeinsamen Datennutzung aktivieren

Das Nutzungspotenzial vieler Datensätze liegt heutzutage brach, weil diese Daten nicht gemeinsam ausgewertet werden können. Es ist das erklärte Ziel der österreichischen Bundesregierung, Bedingungen zu schaffen, die es erlauben, dieses Potenzial zu heben, indem Daten vermehrt nutzbar gemacht werden. Dabei soll sowohl den Bedürfnissen und Rechten jedes Einzelnen Rechnung getragen werden als auch eine Wertschöpfung für die Allgemeinheit bewirkt werden.

Der öffentliche Sektor verfügt über eine Vielzahl an Daten, die häufig für sekundäre Nutzungszwecke außerhalb des ursprünglichen Anwendungsbereichs nur unzureichend verfügbar sind. Daher sind insbesondere öffentliche Stellen aufgefordert, eine Vorreiterrolle bei der Nutzbarmachung von Datenbeständen einzunehmen, zumal diese Daten im öffentlichen Auftrag – also für alle Österreicherinnen und Österreicher – erstellt, verarbeitet und verwaltet werden. Eine verbesserte Zugänglichkeit und Weiterverwendung der Daten durch eine klare Lizenzierung qualitativ hochwertiger Daten (Open Source) soll sichergestellt werden. Hierzu sollen Daten auch besser katalogisiert und leichter auffindbar gemacht werden.

Enorme Datenpotenziale existieren im Wirtschafts- und Forschungsbereich, wo durch einen verbesserten Datenaustausch zwischen den Akteuren die wirtschaftliche Effizienz und Innovationskraft gesteigert werden kann. Insbesondere in der Trans- und Interdisziplinarität bei der Nutzbarmachung von Daten über Datensilos hinweg bestehen vielfältige Chancen zur Stärkung des Gemeinwohls, der Wirtschaft und der Forschungsleistung in Österreich. Die Bundesregierung ergreift daher Maßnahmen, die dazu beitragen sollen, die Datenqualität – insbesondere bei den Dateneinhabern – zu verbessern. Durch die

Etablierung von Datenvermittlungsdiensten soll die sektoren- und branchenübergreifende Vernetzung von Akteuren unterstützt werden.

In diesem Zusammenhang erscheint es wichtig, neben technischen Standards durch konzeptionelle Harmonisierung und die Verwendung standardisierter Metadaten auch eine semantische Interoperabilität zu schaffen. Die Bundesregierung wird hierfür die Entwicklung und Implementierung von Mechanismen zur verbesserten Data Governance vorantreiben.

Ziel 3: Eine innovative Datenkultur und Erhöhung der Datenkompetenz etablieren

Die Bundesregierung möchte die Chancen, die durch die gesteigerte Nutzung von Daten entstehen können, in den Vordergrund rücken und eine innovative Datenkultur fördern, welche diese Chancen ergreift. Um die Potenziale der Datennutzung aktiv zu erkennen und optimal nutzen zu können, bedarf es einer generellen Änderung der Einstellung zu Daten und deren Weitergabe. Einen zentralen Aspekt bildet dabei die Erkenntnis, dass die verantwortungsvolle Weiterverwendung von Daten einen erheblichen Mehrwert darstellen kann. Den hierfür erforderlichen Wertewandel im Umgang mit Daten und deren Verwertung, wird die Bundesregierung fördern.

Der Schlüssel zur erfolgreichen Datenökonomie liegt in der systematischen Förderung von Kompetenzen und Wissen im Bereich der Datennutzung. Dazu zählen ein allgemeines Verständnis über das Potenzial von Daten und Wissen über entsprechende Risiken bei der Nutzung oder Weitergabe. Durch entsprechende Kooperationen, gemeinsame Verfügbarmachung und Nutzung von Daten soll der allgemeine Grad an digitaler Expertise und Know-how in Österreich erhöht werden. Insbesondere sollen die Kompetenzen der österreichischen Bevölkerung in Bezug auf die verantwortungsvolle Nutzung, Analyse und Weiterverwendung von Daten (Data Literacy) entwickelt werden.

Die Bundesregierung beabsichtigt zudem qualitativ hochwertige Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen, um den Anforderungen des Arbeitsmarkts gerecht zu werden. In diesem Zusammenhang steht auch die Förderung eines proaktiven Umgangs mit Daten für evidenzbasierte Entscheidungen.

1. Effiziente und nachhaltige Dateninfrastrukturen entwickeln

1.1 Schlüsseltechnologien für Dateninfrastrukturen etablieren

1.1.1 Sichere Cloudinfrastrukturen, Schlüsseltechnologien, Architekturen für Datenräume und Instrumentarien zur Anonymisierung und Pseudonymisierung von Daten fördern

Für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Datenökonomie braucht es effiziente Dateninfrastrukturen für die Erfassung, Speicherung, Verarbeitung und den gemeinsamen Austausch von Daten. Die Realisierung einer effizienten Datenwirtschaft erfordert eine solide technologische Basis und nachhaltig durchdachte Dateninfrastrukturen.

Die Bundesregierung wird relevante Schlüsseltechnologien für Dateninfrastrukturen fördern, um die Datenwirtschaft zu stärken und Standards für den Datenschutz und die Wahrung ethischer Grundprinzipien zu gewährleisten.

Insbesondere sind folgende strategisch relevante Technologiebereiche zu fördern:

- Verfügbarkeit und Nutzung gesicherter, energieeffizienter, erschwinglicher und leistungsfähiger Datenverarbeitungskapazitäten, sicherer Cloud-Infrastrukturen und Cloud-Dienste

Kommentiert [T1]: Dies sollte auch bei der nationalen Umsetzung des Data Governance Act (DGA) berücksichtigt werden.

Kommentiert [T2]: Dies sollte auch bei der nationalen Umsetzung des Data Governance Act (DGA) berücksichtigt werden.

- Ausbau von Datenleitungskapazitäten und einer Hochgeschwindigkeitsbreitband-Infrastruktur, die es ermöglicht, große Datenmengen zu übertragen und eine schnelle und zuverlässige Konnektivität für alle Akteure sicherzustellen (Glasfasernetze, 5G-Netzwerke)
- Förderung beim weiteren Aufbau von technischen Instrumenten und Dienstleistungen, wie etwa Datenräumen (Data Spaces), und Schaffung technischer Interoperabilitätsplattformen
- Förderung von Datenverarbeitungsmethoden zur Anonymisierung und Pseudonymisierung sowie zur Synthetisierung von Datensätzen, z. B. im Gesundheitsbereich

1.2 Daten des öffentlichen Sektors, der Wirtschaft und der Wissenschaft füreinander zugänglich machen

1.2.1 Durchsuchbare Bestandsliste verfügbarer Daten im öffentlichen Sektor auf data.gv.at zur Verfügung stellen

Datenkataloge dienen als zentrale Anlaufstellen für den Zugriff auf unterschiedliche Datenressourcen. Sie bieten eine strukturierte Übersicht über verfügbare Datensätze, deren Anbieter und Serviceangeboten und fördern Open Data, die Realisierung einer offenen Verwaltung und die Datenwirtschaft insgesamt. Über Datenkataloge werden entscheidende Schnittstellen zwischen verschiedenen Datenarten und -quellen hergestellt. Sie vereinfachen den Zugang zu wertvollen Datenressourcen und fördern dadurch Innovation, Transparenz und Partizipation. Die enge Verknüpfung mit Open Government Data (OGD) und die Integration in das österreichische Datenökosystem machen Datenkataloge zu einem zentralen Element der nationalen Datenstrategie. Die existierenden Datenplattformen data.gv.at sowie der Nationale Zugangspunkt für Mobilitätsdaten (NAP) sollen dafür weiter gestärkt werden. Auch Datenspenden sollen Eingang in die Datenkataloge finden. Föderierte Datenkataloge sollen so einfach wie möglich gefunden und durchsucht werden können. Dabei soll der Nutzer im Mittelpunkt stehen.

Im Zuge der Umsetzung des Data Governance Acts (DGA) wird eine zentrale Informationsstelle eingerichtet, die eine durchsuchbare Bestandsliste (Metadatenkatalog) mit allen verfügbaren Datenressourcen bereitstellen wird (offene und geschützte Daten, vgl. 2.2.3.). Dies soll über das österreichische Datenportal data.gv.at hergestellt werden. Das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) sieht ebenso eine Suchbarkeit nach Informationen von allgemeinem Interesse über data.gv.at vor. Das österreichische Datenportal erhält somit eine zunehmende Bedeutung als österreichweit zentrale Anlaufstelle zu verfügbaren Datenbeständen des öffentlichen Sektors, einschließlich der Datenbestände der Länder, Städten und Gemeinden.

Die Bundesregierung schafft durch die Einrichtung einer zentralen Informationsstelle im Zuge der Umsetzung des Data Governance Acts wesentliche Voraussetzungen für die Auffindbarkeit von geschützten Daten des öffentlichen Sektors. Die Bereitstellung einer durchsuchbaren Bestandsliste (Metadatenkatalog) auf dem österreichischen Datenportal data.gv.at über nutzbare Datenressourcen des öffentlichen Sektors trägt zur Erhöhung der Transparenz über verfügbare Datenbestände bei.

1.2.2 Datenbeschreibungen aus dem Forschungsbereich mit dem Datenportal data.gv.at verknüpfen

Forschungsdatenmanagement ist in Österreich durch verschiedene Initiativen und Policies geprägt, die sich auf die Optimierung des Umgangs mit Forschungsdaten konzentrieren. Der Digitalisierungs-Cluster „Forschungsdaten“ ist eine zentrale Initiative. Dieser Cluster integriert Projekte wie „RIS Synergy“, „FAIR Data Austria“ und „Austrian DataLAB and Services“, die gemeinsam auf eine effektive Verwaltung und Koordination von Forschungsdaten hinwirken. Die Bundesregierung strebt an, die Auffindbarkeit und

Kommentiert [STAT3]: Im Kapitel fehlt, dass die Möglichkeit der Datenverknüpfbarkeit gegeben sein muss, um die Funktionalität des Datenökosystem zu verbessern. Siehe Ergänzungsvorschlag hinten.

Kommentiert [T4]: 1. Besser „Datenkatalog“ als „Bestandsliste“.
2. Wichtig ist, dass **alle** vorhandenen Daten des öffentlichen Sektors im Datenkatalog enthalten sind (und nicht nur die verfügbaren).
3. Der Datenkatalog der Zentralen Informationsstelle (ZIS) benötigt Informationen und Funktionalitäten (z.B. automatisationsgestützte Antragsmanagement) die bei data.gv.at derzeit nicht möglich sind. Entweder data.gv.at müsste massiv ausgebaut und von der ZIS (im Hinblick auf ihre Funktionen) gemanagt werden oder die ZIS führt eine gesonderte Applikation wobei die „Bestandsliste“ auf data.gv.at gespiegelt werden könnte.

Kommentiert [STAT5]: „Allgemein zugängliche Datenkataloge“

Kommentiert [STAT6]: Die Zentrale Informationsstelle sollte einen über eine Web Applikation erreichbaren Datenkatalog aufbauen und kontinuierlichen warten. Ebenfalls sollte das automatisationsgestützte Antragsmanagement über die Web-Applikation erfolgen. Anschlussfähigkeit zu data.gv.at sollte jedenfalls geben sein (s.o.) Alternativ müsste data.gv.at massiv ausgebaut und von der ZIS (im Hinblick auf ihre Funktionen) gemanagt werden.

Kommentiert [T7]: 1. Dies sollte auch bei der nationalen Umsetzung des Data Governance Act (DGA) berücksichtigt werden.
2. Wichtig ist, dass alle vorhandenen Daten des öffentlichen Sektors im Datenkatalog enthalten sind (und nicht nur die verfügbaren).
3. Der Datenkatalog der Zentralen Informationsstelle (ZIS) benötigt Informationen und Funktionalitäten (z.B. automatisationsgestützte Antragsmanagement) die bei data.gv.at derzeit nicht möglich sind. Entweder data.gv.at müsste massiv ausgebaut und von der ZIS (im Hinblick auf ihre Funktionen) gemanagt werden oder die ZIS führt eine gesonderte Applikation wobei die „Bestandsliste“ auf data.gv.at gespiegelt werden könnte.

Nutzbarkeit von Forschungsdaten unterschiedlichster Repositorien der Universitäten und Forschungseinrichtungen zu vereinfachen.

Die Bundesregierung strebt eine verbesserte Verknüpfung von Datenbeschreibungen aus dem Forschungsbereich mit dem Datenportal data.gv.at zur Erhöhung der Nutzerfreundlichkeit und Auffindbarkeit von Datenbeständen an.

Für die Nutzbarmachung von Daten des öffentlichen Sektors muss ein nachhaltiges Datenmanagement entwickelt werden, welches dem Paradigma des FAIR Data Prinzips entspricht. Dies impliziert ein Bekenntnis zu den Grundsätzen der Auffindbarkeit (Findable), der Zugänglichkeit (Accessible), der Interoperabilität (Interoperable) und der Wiederverwendbarkeit (Reusable) von Daten und Metadaten.

Das Konzept von FAIR Data soll durch Kommunikationsmaßnahmen und Bewusstseinsbildung in den Fokus gerückt werden, etwa in Zusammenarbeit mit dem FAIR Office Austria.

Durch die Beachtung dieser allgemeinen strategischen Prinzipien des Datenmanagements kann die Weiterverwendung von Daten nachhaltig gefördert und ein Mehrwert durch die sekundäre Nutzung von Daten geschaffen werden. In Bezug auf Metadaten müssen Maßnahmen ergriffen werden, die eine systematische Erfassung über den gesamten Lebenszyklus der Daten hinweg verfolgt und die zentrale Bereitstellung von maschinell durchsuchbaren Datenbestandsverzeichnissen auf Basis von Datenkatalogen ermöglicht. Daten werden so nicht nur leichter auffindbar, sondern auch besser nutzbar.

1.3 Datenqualität innerhalb der öffentlichen Verwaltung verbessern

1.3.1 Datenqualität im öffentlichen Sektor kontinuierlich verbessern

Die Erhöhung der Datenqualität ist entscheidend, um die Nutzbarkeit der Daten zu verbessern. Datenqualität misst verschiedene Aspekte wie etwa Vollständigkeit, Einzigartigkeit, Aktualität, Gültigkeit, Genauigkeit und Konsistenz von Datenbeständen und staatlichen Registern. Das Erzielen einer adäquaten Datenqualität ist dabei nicht nur das Ergebnis von technischen Vorgaben, sondern hängt insbesondere auch von der organisatorischen Gestaltung von Prozessen, deren IT-technischer Umsetzung sowie dem fachlichen Know-how der partizipierenden Akteure ab.

Der öffentliche Sektor wird zukünftig die Bewusstseinsbildung über die Bedeutung der Datenqualität intensivieren und Datenbeauftragte benennen, die langfristig zur Steigerung der Datenqualität und Datenexzellenz im öffentlichen Sektor beitragen sollen.

Um eine hohe Datenqualität zu erreichen, sollen durch die Umsetzung des Data Governance Acts strukturelle Rahmenbedingungen geschaffen werden und erforderliche Methoden und Werkzeuge entwickelt bzw. gefördert werden.

Durch organisatorische Maßnahmen sowie durch die Stärkung personeller und technischer Kapazitäten möchte die Bundesregierung kontinuierlich zur Verbesserung der Datenqualität und von Datenqualitätsverfahren im öffentlichen Sektor beitragen.

1.3.2 Daten im öffentlichen Sektor interoperabel gestalten

Die Grundlage für eine nachhaltige Stärkung der Datenökonomie in Österreich bildet die Entwicklung und Nutzung gemeinsamer Standards zur Datenbeschreibung, die Förderung der Interoperabilität zwischen verschiedenen Datensystemen sowie die Gewährleistung von Datensicherheit und Datenschutz. Die Harmonisierung und standardisierte Beschreibung von Datenformaten, Metadaten und Prozessen

Kommentiert [T8]: Eine wesentliche Initiative ist das Austrian Micro Data Center (AMDC) von Statistik Austria, das sich innerhalb kürzester Zeit national und international viel Anerkennung erarbeitet hat und mittlerweile auch als Vorbild für andere Länder (z.B. Deutschland) gilt.

Kommentiert [STAT9]: Für eine zukunftsgerichtete Datenstrategie ist dieses Vorhaben zu wenig umfassend und konkret beschrieben. Beispielsweise bleibt unklar, was eine Verknüpfung von Beschreibungen bedeutet?

Kommentiert [STAT10]: Österreich hat sich international zur Einhaltung von Standards im Bereich der der amtlichen Statistik verpflichtet. Der dort etablierte Qualitätsbegriff ist in folgenden Dimensionen definiert:

- Relevanz
- Genauigkeit
- Rechtzeitigkeit und Aktualität
- Vergleichbarkeit
- Kohärenz
- Zugänglichkeit und Klarheit

Diese Definition sollte auch im Kontext der Datenstrategie aufgegriffen werden, um Anschlussfähigkeit national wie international zu erreichen.

Kommentiert [STAT11]: In der Datenstrategie fehlt der Prozess der Qualitätssicherung. Siehe Ergänzungsvorschlag hinten.

bilden einen wichtigen Schritt zur Realisierung einer offenen, transparenten und vernetzten Dateninfrastruktur in Österreich.

Die Entwicklung dieser Standards soll unter Einbeziehung relevanter Stakeholder erfolgen, um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse und Anforderungen von verschiedenen Nutzergruppen berücksichtigt werden.

Für die Erreichung einer effizienteren Datennutzung sind vereinheitlichte Standards, wie etwa jene der Gaia-X Föderationsdienste, die eine Interoperabilität zwischen unterschiedlichsten Datenquellen und Systemen zum Ziel haben, von höchster Relevanz.

Neben einer technischen Interoperabilität muss auch der Aspekt der semantischen Interoperabilität von Daten innerhalb einer föderierten Dateninfrastruktur große Beachtung finden. Konkrete Maßnahmen zur Gewährleistung der semantischen Interoperabilität sind unter anderem der gemeinsame Aufbau bzw. die Adaptierung und Erweiterung von vorhandenen Datenmodellen und die Nutzung von gemeinsamen Terminologien in Form von kontrollierten Vokabularen. **Im Zusammenhang mit der Interoperabilität von Daten innerhalb der Verwaltung nehmen die Verfahren der verschlüsselten bereichsspezifischen Personenkennzahlen (bPK) eine wichtige Rolle ein.**

Ein standardisierter Ansatz für Datenbeschreibungen erleichtert die Integration in nationale und internationale Datenökosysteme. Hierbei möchte die Bundesregierung den Kontakt zum europäischen Data Spaces Support Center (DSSC) und die Rolle der Cooperation Open Government Data Österreich stärken. **Österreich wird im Europäischen Dateninnovationsrat (EDIB) aktiv an der Ausgestaltung von Leitlinien, Standards und Interoperabilitätsanforderungen für den Datenaustausch mitwirken.** Ebenso soll quelloffene Software (Open Source) bei der Weiterentwicklung digitaler Dateninfrastrukturen stärker berücksichtigt werden.

Die Bundesregierung wird künftig der Entwicklung und Nutzung gemeinsamer Standards zur Datenbeschreibung große Beachtung schenken, um dadurch die technische und semantische Interoperabilität zwischen verschiedenen Datensystemen zu fördern.

1.3.3 Mindestanforderungen und einheitliche Standards für Metadaten des öffentlichen Sektors etablieren

Metadaten sind unerlässlich für die Auffindbarkeit von Daten, die Beurteilung der Datenqualität sowie der korrekten Interpretation der semantischen Bedeutung der Daten. Auch tragen sie zur Gewährleistung der Datensicherheit und des Datenschutzes bei. Metadaten sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Datenproduzierenden und Datennutzenden. Sie geben einen Überblick über Kontext, Herkunft, Struktur und Nutzungsbedingungen von Datensätzen.

Durch eine Harmonisierung von Daten- und Metadatenstandards werden Datenressourcen innerhalb eines Datenökosystems besser verknüpfbar. Standardisierte Metadaten führen zu einem einheitlichen Vorgehen und einer Vergleichbarkeit der Metainformationen von Datenbeständen in einem skalierbaren Datenökosystem. Orientierung findet man an bestehenden internationalen Standards wie beispielsweise Linked (Open) Data. Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang nehmen auch bestehende Einrichtungen wie der Register- und Systemverbund (dadeX) oder das Datenmanagementportal ein.

Die Bundesregierung beabsichtigt Mindestanforderungen und einheitliche Standards für verpflichtende Metadaten-Informationen für Datenbestände der öffentlichen Verwaltung zu etablieren.

Kommentiert [T12]: Die Verknüpfungen unterschiedlicher Daten in den Datenräumen des Austrian Micro Data Centers (AMDC) funktionieren über verschlüsselte bereichsspezifische Personenkennzeichen (vbPK).

Kommentiert [T13]: Wen hat Österreich in den Europäischen Dateninnovationsrat (EDIB) entsendet? Der Prozess der Entsendung war nicht transparent. Es sollte jedenfalls Ansprechbarkeit der Österreichischen Vertretung ermöglicht werden. Dazu muss nachvollziehbar sein, welche Person (bzw. Institution) entsandt wurde.

1.3.4 Metadaten-Modell DCAT-AP als Standard im öffentlichen Sektor etablieren

Das Metadaten-Modell DCAT-AP wurde als europaweiter Standard zur Aufbereitung von Metadaten etabliert. Dieses basiert auf dem internationalen Zielschema des W3C Data Catalogue Vocabulary (DCAT-AP). Die Umsetzung von DCAT-AP als allgemeinem Metadatenstandard für den öffentlichen Sektor in Österreich bildet einen wesentlichen Baustein zur Förderung der Interoperabilität und Datennutzung. Durch diese Maßnahme werden die Auffindbarkeit und korrekte Nutzung auf Basis einer gemeinsamen Sprache und Struktur erleichtert.

Darüber hinaus wird Österreich aktiv bei der Entwicklung neuer internationaler Standards partizipieren, die im Rahmen der Umsetzung der europäischen Datenstrategie behandelt werden.

Die Bundesregierung plant das international anerkannte Metadatenmodell DCAT-AP im öffentlichen Sektor als Standard durchgehend umzusetzen. Dies soll nicht nur die Effizienz innerhalb der öffentlichen Verwaltung steigern, sondern auch die Datennutzung durch Dritte (Forschung, Entwicklung und Unternehmen) erleichtern.

1.3.5 Datenstrategien und Daten-Governance im eigenen Zuständigkeitsbereich entwickeln

Im Lichte dieser allgemeinen Datenstrategie ist der öffentliche Sektor dazu aufgerufen, Datenstrategien für den eigenen Zuständigkeitsbereich zu erarbeiten und eine eigene Daten-Governance sicherzustellen. Dies umfasst die Definition von Aufgaben, Rollen, Standards, Verfahren und Verantwortlichkeiten für den verbesserten Umgang mit Daten und insbesondere die bessere Nutzbarmachung von Daten für die Wirtschaft, Gesellschaft und Forschung.

Jedes Ministerium ist aufgerufen, eine eigene Datenstrategie im Lichte dieser grundlegenden Datenstrategie zu formulieren. Zu den wesentlichen Inhalten zählt der Aufbau einer modernen und nachhaltigen Dateninfrastruktur, die Etablierung einer innovativen Datenkultur, die Nutzbarmachung von Daten und Registern sowie der Aufbau von Expertise zur Datenanalyse für eigene oder übergreifende Zwecke (z. B. Data Mining, Registerforschung, maschinelles Lernen oder statistische Analysen). Zur Implementierung zählt ebenso die Definition von Rollen, wie etwa die Etablierung von Datenbeauftragten, die als Ansprechpersonen für interne und externe Datennutzende dienen, und von denen Prozesse und Standardisierungsmaßnahmen vorangetrieben werden. Die Partizipation an regionalen und europäischen Datenräumen sollte ebenso entsprechend mitberücksichtigt werden.

Die Bundesministerien sollen Datenstrategien oder einschlägige Policies für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich erarbeiten und umsetzen. Dies umfasst die Etablierung einer Daten-Governance, d. h. die Definition von Aufgaben, Rollen, Verfahren und Verantwortlichkeiten für den verbesserten Umgang mit Daten und insbesondere die bessere Nutzbarmachung von Daten für Wirtschaft, Gesellschaft und Forschung.

Akteure der Wirtschaft, Forschung und Zivilgesellschaft werden ebenso dazu aufgefordert, eigene Datenstrategien zu formulieren und eine kontinuierliche Verbesserung der eigenen Daten-Governance anzustreben. Die Partizipation an Datenräumen als Grundpfeiler der Datenökonomie sollte entsprechend mitberücksichtigt werden.

Kommentiert [STAT14]: DCAT-AP ist sicher ein gutes Modell. Jedoch sollte sich hier Österreich hier nicht a priori festlegen. Wichtig ist jedenfalls, dass Kompatibilität zu wichtigen Standards wie z.B. DCAT-AP gegeben ist.

Kommentiert [STAT15]: Wichtig wäre, dass sich die „lokalen“ Datenstrategien der Ministerien in das Gesamtkonzept der Nationalen Datenstrategie „einfügen“ bzw. anschlussfähig sind. Die Nationale Datenstrategie sollte bindende Kraft haben, gerade im Hinblick auf Fragen der Data Governance. Für eine zukunftsgerichtete Datenstrategie ist dieses Vorhaben zu wenig umfassend und konkret beschrieben. Beispielsweise bleibt unklar, was eine Verknüpfung von Beschreibungen bedeutet?

Kommentiert [T16]: Wichtig wäre, dass sich die „lokalen“ Datenstrategien der Ministerien in das Gesamtkonzept der Nationalen Datenstrategie „einfügen“ bzw. anschlussfähig sein. Die Nationale Datenstrategie sollte bindende Kraft haben, gerade im Hinblick auf Fragen der Data Governance. (s.o.)

1.4 Nachhaltigkeit und datenzentrierte Prozesse im öffentlichen Sektor etablieren

1.4.1 Once-Only-Prinzip im öffentlichen Sektor umsetzen

Die gemeinsame Datennutzung innerhalb der öffentlichen Verwaltung bildet einen Grundpfeiler künftiger Entwicklungen. Die Bundesregierung möchte die Datenanalysefähigkeiten des öffentlichen Sektors ausbauen. Um dies zu ermöglichen, müssen entsprechend übergreifende Systemarchitekturen einbezogen werden.

Eine datenzentrische Architektur der Applikationslandschaft der öffentlichen Verwaltung orientiert sich an der effizienten Verarbeitung, Bereitstellung und Mehrfachnutzung von Daten. Durch die konsequente Verwirklichung des Once-Only-Prinzips werden Daten nur ein einziges Mal von einer Quelle abgerufen, wodurch Verwaltungsabläufe effizienter und benutzerfreundlicher gestaltet werden können. Durch das Aufbrechen von aufgabenspezifischen IT-Lösungen und die bereichsübergreifende Nutzung von vorhandenen Daten können Verwaltungsverfahren vereinfacht, Services optimiert und datengestützte Entscheidungen ermöglicht werden.

Die Bundesregierung wird die Anwendung des Once-Only-Prinzips (OOP) als essenzielle Maßgabe für die Weiterentwicklung von Infrastrukturen und Diensten in der öffentlichen Verwaltung vorantreiben.

1.4.2 Nachhaltige Dateninfrastrukturen und datengestützte Lösungen für eine klimafreundliche Zukunft stärken

Digitale Technologien können zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Krisen unserer Zeit einen wesentlichen Beitrag leisten. Zu diesen großen Herausforderungen zählen der Klimawandel und der hohe Verbrauch natürlicher Ressourcen. Digitale Infrastrukturen und Dateninfrastrukturen sollten anhand der Maßstäbe des Europäischen Green Deals gestaltet sein, insbesondere mit dem Ziel der Steigerung der Energieeffizienz von Infrastrukturen. Die Nutzung von Daten ermöglicht es, bessere und intelligentere Lösungen anzuwenden – etwa zur Senkung des Energieverbrauchs von Haushalten, zur Sicherstellung einer nachhaltigen Lebensmittelversorgung, zur Verhinderung von Naturgefahren, zur Durchsetzung klimafreundlicher Mobilität oder zur Unterstützung von Städten und Kommunen auf dem Weg in eine smarte und lebenswerte Zukunft.

Die Bundesregierung wird Projekte zur datengestützten Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels vorantreiben. Im Rahmen der Initiative Green Data Hub sollen Datenräume etabliert werden, in denen intelligente und klimafreundliche digitale Lösungen für die Zukunft umgesetzt werden können.

Datengestützte Lösungen ermöglichen zudem die bessere Rückverfolgbarkeit von Lieferketten bei Produkten und Dienstleistungen. Dies soll zur Nachhaltigkeit und Fairness bei der Herstellung von Produkten und Dienstleistungen, insbesondere was die Arbeitsbedingungen betrifft, beitragen und eine bessere Transparenz der Lieferkette gegenüber den Verbraucherinnen und Verbrauchern gewährleisten.

Die Bundesregierung möchte die Anwendung datengestützter Lösungen zur verbesserten Rückverfolgbarkeit von Lieferketten bei Produkten und Dienstleistungen vorantreiben.

Ein nachhaltiger Umgang mit Daten erfordert das Verständnis über den Datenlebenszyklus. Ein durchdachtes Data Lifecycle Management (DLCM) hilft dabei, Daten über ihren gesamten Lebenszyklus zu verwalten, d. h. von ihrer Erstellung über ihre Verarbeitung, Analyse und Nutzung bis hin zu ihrer Archivierung und allfälligen Löschung. Der Zweck dieser gesamthaften Herangehensweise besteht darin,

Kommentiert [T17]: Eine wesentliche Rolle sollte dabei sinnvollerweise der Gesamtkatalog der Zentralen Informationsstelle nach DGA über den Datenbestand des öffentlichen Sektors haben. So kann festgestellt werden, welche Daten von unterschiedlichen Stellen „doppelt“ erhoben werden.

jene Daten rasch zur Verfügung zu stellen, die für den Anwendungsfall bzw. die Entscheidungsfindung benötigt werden. Datenzentrierte Prozesse und die Etablierung entsprechender Infrastrukturen sollen Nutzende dabei unterstützen, Daten gesund zu halten und einen Gewinn aus ihnen zu ziehen.

Mit der digitalen Durchdringung so gut wie aller Lebensbereiche nimmt auch die Bedeutung der krisensicheren langfristigen Aufbewahrung von Daten zu. Längere Ausfälle von IT-Systemen und Fachanwendungen können zu einem Stillstand von Systemen führen. Die Zunahme an elektronischer Datenverarbeitung führt zu einer hohen Abhängigkeit von Technologien, die in einem Krisen- oder Katastrophenfall möglicherweise nicht zugänglich sind. Daher gilt es, Lösungen zu finden für eine sichere und dauerhafte Aufbewahrung von Daten und deren Verfügbarkeit im Krisenfall.

Die Bundesregierung ist bestrebt, Datenbestände der Verwaltung an einem krisensicheren Ort aufzubewahren und langfristig zu erhalten. Vom öffentlichen Sektor soll eine Nutzbarkeit der Digitalen Arche Österreich als Lösung für die sichere und dauerhafte Verwahrung von Daten geprüft werden.

2. Daten verantwortungsvoll nutzen

2.1 Rahmenbedingungen und Prinzipien für eine verantwortungsvolle gemeinsame Datennutzung etablieren

2.1.1 Verhaltenskodizes und Richtlinien mit allen Akteuren innerhalb des österreichischen Datenökosystems erarbeiten

Verhaltenskodizes und Richtlinien stellen relevante Bausteine dar, um die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren zu stärken und die Standardisierung von Daten und Prozessen zu fördern. Das Ziel ist die gemeinsame Entwicklung und weitere Etablierung von Verhaltenskodizes, um Synergien und die Mehrfachnutzung von Daten zu befördern und zu begünstigen.

Um die korrekte Implementierung von Verhaltenskodizes und deren Weiterentwicklungen adäquat umzusetzen, bedarf es regelmäßiger Betreuung durch zuständige Expertinnen und Experten der österreichischen Datenökonomie. Dabei werden die bestehenden Kodizes nach kontinuierlicher Evaluierung an technische Entwicklungen angepasst und um neue Lösungsansätze ergänzt.

Zur Sicherstellung der Einhaltung von Regeln sollen weitergehende Maßnahmen vorgesehen werden, wie etwa Transparenzvorschriften, Evaluierungen oder Audits.

Zur Stärkung der Zusammenarbeit und der Wohlverhaltensregeln im öffentlichen Sektor strebt die österreichische Bundesregierung die Ausarbeitung entsprechender Verhaltenskodizes und Richtlinien zur Förderung der effizienten Datennutzung an.

2.1.2 Risikoklassifizierungen von Daten mit allen Akteuren etablieren und zugehörige Leitfäden für sichere und rechtskonforme Datenverarbeitung erarbeiten

Die Risikoklassifizierung von Daten ist ein integraler Bestandteil einer umfassenden Datenschutzstrategie. Sie ermöglicht es Organisationen, Ressourcen effizient zuzuweisen, Sicherheitsmaßnahmen gezielt einzusetzen und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden. Dieser Ansatz ist hilfreich, um sowohl die Datenintegrität als auch das Vertrauen der Stakeholder zu wahren, was für den langfristigen Erfolg und die Widerstandsfähigkeit einer Organisation entscheidend ist. Die Klassifizierung erfolgt

Kommentiert [STAT18]: Der Entwurf der „Datenstrategie für Österreich“ geht wenig oder gar nicht auf bestehende Standards der Datenqualität und bestehende Verhaltenskodizes ein, zu deren Einhaltung sich Österreich international verpflichtet hat. Beispiele sind die „United Nations Fundamental Principles of Official Statistics“, der „European Statistics Code of Practice“, das „United Nations National Quality Assurance Framework for Official Statistics“ oder das „Quality Assurance Framework of the European Statistical System“. Somit nutzt der Entwurf die umfangreichen und langjährigen Erfahrungen in diesen Bereichen nicht und läuft zudem Gefahr, dass die Anschlussfähigkeit etwaiger neuer Standards mit den von Österreich einzuhaltenden Standards der amtlichen Statistik nicht gegeben ist.

Kommentiert [T19]: s.o.

anhand einer gründlichen Bewertung der Daten hinsichtlich ihrer Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit.

Die Bundesregierung strebt die Erarbeitung von Leitfäden für datenbereitstellende Organisationen zur sicheren und rechtskonformen Verarbeitung von Daten mit und ohne Risikoklassifizierung an. Diese Leitfäden sollen technische und inhaltliche Maßgaben zur Einhaltung eines hohen Datenschutzniveaus beinhalten. Zudem sollen klare Regeln, Strukturen und Prozesse zur Klassifizierung von Daten anhand ihres Risikopotenzials erarbeitet werden.

2.2 Essenzielle Strukturen für das österreichische Datenökosystem einrichten

2.2.1 Koordinierende Stelle für Daten einrichten

In der zuständigen Organisationseinheit für digitale Strategien soll eine mit den erforderlichen Ressourcen und Kompetenzen ausgestattete ressortübergreifende Stelle für Daten etabliert werden. Diese soll wesentliche Initiativen zur Stärkung der Datenökonomie koordinieren und vorantreiben. Dazu gehört die Mitgestaltung rechtlicher Rahmenbedingungen, erforderlicher Standards und Interoperabilitätsvorgaben und die Koordination unter den Akteuren des Datenökosystems. Zur Stärkung der nationalen Data Governance ist die Einrichtung von Gremien zur Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen in Österreich vorgesehen.

Die Bundesregierung beabsichtigt die Einrichtung einer koordinierenden Stelle für Daten in der zuständigen Organisationseinheit für digitale Strategien, um eine koordinierte und strategische Herangehensweise an die Datenpolitik zu fördern und wichtige Initiativen zur Stärkung der Datenökonomie voranzutreiben.

Kommentiert [STAT20]: Der Zusammenhang zu der in Kapitel 1.2.1 angesprochenen Zentralen Informationsstelle (ZIS) ist unklar. Um Doppelstrukturen zu vermeiden kann die ZIS in Abstimmung mit dem für Digitalisierung zuständigen Ressort als oberste Datenbehörde diese Funktion übernehmen.

Kommentiert [T21]: s.o.

2.2.2 Stakeholder-Forum für Akteure des österreichischen Datenökosystems etablieren

Die Datenstrategie bildet die Grundlage künftiger Aktivitäten zur Stärkung des österreichischen Datenökosystems. Hierfür ist es wichtig, einen fortlaufenden Dialog mit relevanten Akteuren des österreichischen Datenökosystems zu etablieren. Dies soll zur adäquaten Ausgestaltung von Rahmenbedingungen für die Datenökonomie bzw. die Entwicklung von Datenräumen beitragen. Zu diesem Zweck richtet die Bundesregierung ein Stakeholder-Forum ein, um einen regelmäßigen Austausch zwischen Akteuren des Datenökosystems und der Bundesregierung zu fördern.

Die Bundesregierung wird zur Stärkung des österreichischen Datenökosystems ein Stakeholder-Forum einrichten. Ziel ist ein fortlaufender Austausch mit relevanten Akteuren des österreichischen Datenökosystems zur adäquaten Ausgestaltung von Rahmenbedingungen für die Datenökonomie bzw. die Entwicklung von Datenräumen.

2.2.3 Zuständige Stellen etablieren, um geschützte Daten im Besitz der Verwaltung in sicherer Weise nutzbar zu machen

Grundsätzlich werden Daten, die im öffentlichen Auftrag erstellt werden, als Open Data der Allgemeinheit verfügbar gemacht. Nicht alle Daten jedoch können vom öffentlichen Sektor als offene Daten bereitgestellt werden. Daten, die einen Personenbezug aufweisen, Geschäftsgeheimnisse beinhalten, der statistischen Geheimhaltung unterliegen – etwa Registerdaten – oder einen Bezug zu Rechten Dritter haben, werden als „geschützte Daten“ bezeichnet. Neuere Formen der sicheren Datennutzung ermöglichen die Nutzung von geschützten Daten, etwa über das **Austrian Micro Data Center (AMDC)**, insbesondere in sicheren Verarbeitungsumgebungen, d. h. in technisch für die Datennutzung

Kommentiert [T22]: Das Austrian Micro Data Center (AMDC) von Statistik Austria ermöglicht die Nutzung von pseudonymisierten und via vbPK verknüpften Mikrodaten in sicheren Datenräumen.

abgeschlossenen Bereichen. Diese können nach spezifischen Rechtsvorschriften, zum Beispiel nach dem Forschungsorganisationsgesetz (FOG) und dem Bundesstatistikgesetz (BStatG), in sicherem Rahmen genutzt werden.

Um eine rechtskonforme sekundäre Datennutzung zu gewährleisten, müssen existierende Methoden und Technologien sowie rechtliche Möglichkeiten genutzt und laufend weiterentwickelt werden. Mit Hilfe von Anonymisierung und Pseudonymisierung sowie durch die Nutzung von synthetischen Daten werden datenbasierte Innovationen unter dem gleichzeitigen Schutz von personenbezogenen Daten und der Wahrung individueller Rechte ermöglicht. Diese Sicherheitsvorkehrungen stärken das Vertrauen der Allgemeinheit in die Datennutzung und in den Datenaustausch.

Die Bundesregierung wird durch die Benennung von zuständigen Stellen im Sinne des Data Governance Acts entsprechende Strukturen zur Nutzung von geschützten Daten schaffen bzw. bereits bestehende Strukturen ausbauen.

Die im Zuge der Umsetzung des Data Governance Acts einzurichtenden zuständigen Stellen müssen einerseits die erforderlichen Technologien zur datenschutzkonformen Nutzung zur Verfügung stellen, andererseits öffentlichen Stellen in Bezug auf die Datenwiederverwendung beratend und unterstützend zur Seite stehen. Damit tragen die zuständigen Stellen ganz wesentlich zur datenschutzkonformen und sicheren Nutzung von geschützten Daten des öffentlichen Sektors bei.

2.2.4 Datenvermittlungsdienste etablieren

Der erfolgreiche Datenaustausch zwischen Unternehmen (B2B) beziehungsweise zwischen Unternehmen sowie Konsumentinnen und Konsumenten (B2C) bildet das Rückgrat der Datenökonomie. Daher ist es essenziell, Möglichkeiten für den Datenaustausch zu fördern. Die behördliche Registrierung und Überwachung von Datenvermittlungsdiensten im Sinne des Data Governance Acts soll vor allem im B2B-Bereich Vertrauen schaffen und Dateninhabende und potenzielle Datennutzende in einem vertrauenswürdigen Umfeld zueinander führen. Diese Datenvermittlungsdienste müssen dabei als neutrale, unabhängige Bindeglieder agieren und dürfen selbst keinen Gewinn aus den vermittelten Daten generieren.

Die Bundesregierung benennt eine zuständige Behörde für die Registrierung von Datenvermittlungsdiensten im Sinne des Data Governance Acts um innovative Potenziale der Datennutzung zu fördern.

2.3 Innovative Potenziale von Datenökosystemen und einer dezentral organisierten Datenökonomie freisetzen

2.3.1 Datenräume für die gemeinsame Datennutzung etablieren

Eine intelligente wirtschaftliche Datennutzung kann Unternehmen dabei unterstützen, ihre Produkte und Dienstleistungen auf ein neues Niveau zu heben, Prozesse zu optimieren und letztlich auch neue Geschäftsfelder auf Basis innovativer Wertschöpfungsketten zu entwickeln. Einzelne Vorbildländer zeigen bereits heute, dass durch die Digitalisierung und die richtig eingesetzte Nutzung von Daten ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent pro Jahr erzielt werden kann.

In diesem Kontext kommt dem Konzept von Datenräumen (Data Spaces) eine bedeutende Rolle zu, um Datenpotenziale zu aktivieren und die Datenökonomie zu fördern. Datenräume ermöglichen die Interoperabilität zwischen verschiedenen Akteuren – etwa Unternehmen, Behörden und Forschungseinrichtungen –, indem hohe Ansprüche an Datenqualität, Datenschutz und Sicherheit eine dauerhafte

Kommentiert [STAT23]: Damit die Interoperabilität der Daten aus unterschiedlichen Datenräumen gegeben ist und aus Gründen der Effizienz sollte die Infrastruktur für die Einrichtung sicherer Arbeitsumgebungen durch die Zentrale Informationsstelle (ZIS) erfolgen. Die Zuständigen Stellen könnten sodann sichere Datenräume bei der ZIS einrichten. Somit würde man dem DGA entsprechen und zudem die für eine umfängliche Interoperabilität notwendige Standardisierung erreichen können.

Kommentiert [T24]: In welchen Ländern ist das der Fall? Quelle?

Vertrauensgrundlage etablieren. Datenräume tragen dazu bei, die Nutzung von Daten zu optimieren, die Zusammenarbeit zu fördern und Innovation anzukurbeln.

Ein entscheidender Aspekt des Konzepts von Datenräumen ist, dass die Daten nicht zentral gespeichert werden, sondern bei der dateninhabenden Stelle verbleiben. Es erfolgt lediglich ein bedarfsorientierter Zugriff auf der Basis der getroffenen Vereinbarungen zwischen den Akteuren. Ermöglicht wird dieser Datenaustausch durch eine technische und semantische Interoperabilität. Dadurch wird die Datensouveränität der Beitragenden gewahrt. Die Umsetzung von europäischen, nationalen und regionalen Datenräumen ist auch zentraler Bestandteil der Europäischen Datenstrategie.

Ein wichtiger Faktor ist die Förderung des Vertrauens einerseits in die Technologie selbst und andererseits auch zwischen den Teilnehmern innerhalb der einzelnen Datenräume. Zugehörige Gesetze, Standards und Vereinbarungen sollen nicht nur innerhalb der Datenräume eingehalten werden, sondern auch auf nationaler und EU-Ebene rechtlich durchsetzbar gemacht werden. Diese Durchsetzbarkeit soll das Vertrauen in die Technologie und den Datenaustausch weiter stärken. Dies soll die Rechtssicherheit bei Organisationen und Nutzern für die Durchführung von Interaktionen und Transaktionen, sowie für den Austausch von Daten mit anderen Teilnehmern stärken.

Die Bundesregierung setzt sich für die Stärkung der Datensouveränität ein, d.h. die Kontrolle von Personen und Organisationen über die sie selbst betreffenden oder ihnen zustehenden Daten und deren verbesserte Nutzungsmöglichkeiten auf dem Grundsatz der Dezentralität und strebt auf nationaler und EU-weiter Ebene verbindliche rechtliche Standards für die Umsetzung von Datenräumen an.

2.3.2 Sektorspezifische Datenräume errichten

Im Rahmen der Europäischen Datenstrategie hat die Europäische Union Bereiche definiert, in welchen strategisch anzulegende Datenräume etabliert werden und in weiterer Folge mit den Datenräumen der Mitgliedstaaten verbunden werden. Zu diesen Bereichen zählen etwa: Gesundheit, Tourismus, Mobilität, Industrie, Green Deal, Skills, Landwirtschaft, Energie, öffentliche Beschaffung, Finanz, Kulturerbe, Sprachen. Datenräume sollen zukünftig das Rückgrat der Datenökonomie darstellen und diese dabei unterstützen, neue, innovative Anwendungen zu schaffen.

Ein Beispiel hierfür ist der Europäische Raum für Gesundheitsdaten (EHDS), für den es eine eigene rechtliche EU-Verordnungsgrundlage geben wird. Der EHDS verfolgt unter anderem das Ziel, EU-Bürgerinnen und EU-Bürger in ihren Handlungs- und Kontrollkompetenzen zu stärken, indem er ihnen einen einfacheren Zugang zu ihren persönlichen Gesundheitsdaten auf nationaler und auf EU-Ebene gibt. Zusätzlich soll ein Binnenmarkt für elektronische Patientensysteme gefördert und in weiterer Folge auch ein Rahmen zur vertrauenswürdigen und effizienten Nutzung von Gesundheitsdaten für Forschung, Innovation und politische Entscheidungen etabliert werden (Sekundärdatenutzung). All diese Regelungen werden unter der Wahrung hoher Datenschutzstandards und der Netzwerksicherheit umgesetzt. Für die Durchführung weiterer staatenübergreifender Projekte können Instrumente wie die Konsortien für eine europäische digitale Infrastruktur (EDIC), eine eigene rechtliche Struktur der EU, gegründet werden.

Die Bundesregierung wird gemeinsam mit Akteuren aus der Verwaltung, Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft auf die Schaffung von Datenräumen in Österreich hinwirken und entsprechende Foren für den gemeinsamen Austausch zur Weiterentwicklung der österreichischen Datenökonomie einrichten. Darüber hinaus ist die aktive Mitwirkung an der Gestaltung der EU-weiten Datenräume ein zentrales Anliegen.

Kommentiert [T25]: Wichtig ist, die Zuweisung von Funktionen/Rollen nach den unterschiedlichen europäischen Rechtsakten in einem Gesamtkonzept zu denken. Ansonsten besteht die Gefahr von Doppelstrukturen, wenn z.B. im Themenfeld Gesundheitsdaten die Zuständige Stelle nach DGA abweichend vom Nationalen Zugangspunkt nach EHDSA benannt wird. Dies würde Ineffizienzen fördern und sich negativ auf die Interoperabilität auswirken.

2.3.3 Datenzugänge fördern und das Recht auf Datenübertragbarkeit anwenden

Mit dem Datengesetz der EU (Data Act) wird die Datensouveränität von Einzelpersonen und Unternehmen weiter gestärkt, indem ihnen das Recht auf Zugang zu den bei der Nutzung von Produkten oder Diensten erzeugten Daten gewährt wird. Dadurch erlangen die Nutzerinnen und Nutzer die Kontrolle und Verfügungsgewalt über ihre eigenen Daten zurück, und die eigene weitergehende Datennutzung wird gestärkt.

Zusätzlich wird mit dem Data Act das Recht auf Weitergabe von Daten an Dritte verankert. Dadurch sollen weitere Potenziale der Datenökonomie freigesetzt werden und allfällige Abhängigkeiten von Produktherstellern gesenkt werden. Nutzerinnen und Nutzer sollen Anreize zur Weitergabe von Daten an Dritte erhalten. Dies könnte ebenso über Datenvermittlungsdienste bzw. Intermediäre erfolgen. Diese essenziellen rechtlichen Rahmenbedingungen sollen zur gesteigerten Aktivität und Partizipation von weiteren Akteuren – auch Einzelpersonen – in der Datenökonomie beitragen und eine faire Datennutzung weiter vorantreiben. Dies wird insbesondere wesentliche Auswirkungen auf die Weiterentwicklung des Internets der Dinge und Dienste (IoT) haben und zur Freisetzung von Datenpotenzialen im Zusammenhang mit vernetzten Produkten und Dienstleistungen führen.

Die Bundesregierung unterstützt die Freisetzung von Datenpotenzialen im Zusammenhang mit vernetzten Produkten und Dienstleistungen und dem Internet der Dinge und Dienste (IoT).

Die Bundesregierung schafft im Zuge der Umsetzung des Datengesetzes der EU (Data Act) Rahmenbedingungen zur Stärkung des Rechts der Nutzerinnen und Nutzer auf Zugang zu den bei der Nutzung von Produkten oder verbundenen Diensten erzeugten Daten und des Rechts auf Datenübertragbarkeit. Die Weitergabe von Daten an Dritte soll durch begleitende rechtliche Vorkehrungen vorangetrieben werden.

2.4 Österreichische Interessen auf europäischer und internationaler Ebene vertreten

2.4.1 Aktiv an der Weiterentwicklung des Unions-Rechtsrahmens und an der Ausarbeitung von Standards und Leitlinien mitwirken

Netzwerkeffekte in der Vergangenheit führten häufig dazu, dass Daten lediglich von einigen wenigen Akteuren am Markt aggregiert und genutzt werden konnten, während insbesondere kleinere Unternehmen oder innovative Akteure erhebliche Schwierigkeiten hatten, Datenzugänge zu erhalten und Daten erfolgreich zu nutzen. Dies führte teils zu hohen Abhängigkeiten für große Teile der digitalen Wirtschaft und der Gesellschaft.

Die Europäische Union verfolgt das Ziel, dieses Potenzial durch entsprechende europäische Gesetzgebung und durch die Schaffung fairer struktureller Rahmenbedingungen vermehrt auszuschöpfen.

Österreich wird auf europäischer und auf internationaler Ebene an der Weiterentwicklung des Rechtsrahmens und an der Ausarbeitung von Standards und Leitlinien mitwirken, etwa über die Zusammenarbeit im Europäischen Dateninnovationsrat (EDIB).

2.4.2 Weiterentwicklung adäquater europäischer Rahmenbedingungen vorantreiben

Zur erfolgreichen und nachhaltigen Behauptung österreichischer Akteure im globalen Wettbewerb muss sich Österreich an der Ausgestaltung der europäischen Gesetzgebung aktiv beteiligen und notwendige Rahmenbedingungen für eine verantwortungsvolle Datennutzung schaffen. Nur über die

Kommentiert [T26]: Wen hat Österreich in den Europäischen Dateninnovationsrat (EDIB) entsendet? Der Prozess der Entsendung war nicht transparent. Es sollte jedenfalls Ansprechbarkeit der Österreichischen Vertretung ermöglicht werden. Dazu muss nachvollziehbar sein, welche Person (bzw. Institution) entsandt wurde.

Zusammenarbeit auf europäischer Ebene können die großen Aufgaben im Kontext der Digitalisierung unserer Gesellschaft – von der grünen Transformation bis zur Innovationssteigerung – bewältigt werden.

Die Bundesregierung wird gemeinsam mit der öffentlichen Verwaltung dafür Sorge tragen, dass einerseits die rechtlichen Rahmenbedingungen, andererseits aber auch entsprechende organisatorische Voraussetzungen und technischen Infrastrukturen geschaffen werden, um eine rechtskonforme und effiziente Nutzung von Daten zu ermöglichen.

2.4.3 Recht auf Selbstbestimmung über eigene Daten stärker verankern

Als Gegenleistung für den Zugang zu digitalen Diensten stellen Nutzende oft riesige Datenmengen zur Verfügung, ohne zu wissen, wie ihre Daten verwendet werden und welche Auswirkungen dies hat. Dies führt zu teils deutlichen Asymmetrien zwischen dienstleistenden Unternehmen und Nutzenden und zu einem Mangel an Vertrauen.

Gegenseitiges Vertrauen zwischen Datenbereitstellenden und Datennutzenden ist eine essenzielle Voraussetzung für das Funktionieren einer Datenökonomie. Die Schaffung von Rechtssicherheit für alle Beteiligten ist daher unumgänglich. Im Rahmen der Europäischen Datenstrategie wurden entsprechende Rechtsgrundlagen europaweit etabliert und gefestigt. Diese werden laufend ergänzt und angepasst.

Die Open-Data-Richtlinie und der Data Governance Act (DGA) sollen die Weiterverwendung und Nutzung von Daten fördern. Der Data Act (DA) legt einen klaren und fairen Datenzugang sowie Regeln für den Zugriff und die Nutzung von Daten innerhalb der europäischen Datenwirtschaft fest. Der Digital Markets Act (DMA) zielt darauf ab, Fairness und Wettbewerb im europäischen digitalen Binnenmarkt sicherzustellen. Der Digital Services Act (DSA) enthält spezifische Regeln für sehr große Online-Plattformen und Suchmaschinen. Das Ziel des Artificial Intelligence Act ist es, vertrauenswürdige KI in Europa und darüber hinaus zu fördern, indem sichergestellt wird, dass von KI-Systemen die Grundrechte, Sicherheitsstandards und ethische Grundsätze eingehalten werden.

All diese Regelungen existieren auf der soliden Grundlage der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und stärken das Prinzip der Datensouveränität. Der Schutz personenbezogener Daten und geistigen Eigentums steht dabei nicht in Widerspruch zur Weiterverwendung von Daten und der Sekundärdaten-nutzung.

Die Bundesregierung wird die im Sinne der Europäischen Datenstrategie gemeinsam mitgestalteten Vorgaben auf Unionsebene über entsprechende Gesetze und Initiativen umsetzen.

Es ist sicherlich wichtig, diese rechtlichen Rahmenbedingungen transparent zu kommunizieren und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um dem Bedürfnis nach Rechtssicherheit bei den Marktteilnehmern nachzukommen. Der regulatorische Rahmen für die Nutzung von Daten besteht aber nicht nur aus rechtlichen Regelwerken. Ethische Prinzipien und soziale Aspekte bilden weitere Eckpfeiler, die diesen Rahmen abstecken.

Die Bundesregierung setzt sich für die verstärkte Verankerung des Rechts auf Selbstbestimmung über persönliche Daten auf europäischer und nationaler Ebene ein.

3. Eine innovative Datenkultur etablieren und Datenkompetenzen stärken

3.1 Die Zukunft der österreichischen Datenlandschaft weiterdenken

3.1.1 Innovative Projekte im Kontext der Datenökonomie ermöglichen – die Verwaltung als Vorreiterin

Im Zentrum der technischen Umsetzung der Datenstrategie steht das Konzept von „Government as a Platform“. Mit diesem Ansatz wird die Verwaltung nicht nur die Rolle der Dienstleisterin einnehmen, sondern als Enablerin und Katalysator für Innovation und Wachstum stehen. Auf diese Weise sollen Verwaltungsaufgaben weiterentwickelt und in weiterer Folge die aktive Mitgestaltung durch Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und die Wissenschaft angeregt werden. Die dadurch entstehenden synergetischen Partnerschaften sollen zu innovativen und bürgerzentrierten digitalen Verwaltungslösungen führen. Transparenz, Bürgerbeteiligung, Zusammenarbeit und Rechenschaftspflicht bilden das Fundament für moderne, offene und integrative Datenökosysteme.

Die österreichische Bundesregierung setzt sich das Ziel, nicht nur mit den technologischen Entwicklungen im Bereich der Datenökonomie Schritt zu halten, sondern diese aktiv mitzugestalten. Durch die Einführung neuer Technologien und Arbeitsweisen in der Verwaltung, die Förderung von Open Data und die Unterstützung von Plattformen für den Datenaustausch soll gewährleistet werden, dass Österreich eine treibende Kraft der digitalen Transformation in Europa wird. Auf diese Weise soll die zentrale Grundlage für eine offene und integrative Datenökonomie geschaffen werden. Die österreichische Bundesregierung ist zudem über die Innovationsfördernde Öffentliche Beschaffung (IÖB) bestrebt, Projekte voranzutreiben mit dem Ziel der Stärkung von datengestützter Innovation in der Verwaltung.

Die österreichische Verwaltung soll sich als Vorreiterin und Enablerin von innovativen Projekten im Kontext der Datenökonomie etablieren. Die Nutzbarkeit von vertrauenswürdigen Daten des öffentlichen Sektors soll u.a. auch zur Entwicklung von sicheren KI-Lösungen beitragen.

3.1.2 Offene Daten als Grundstandard etablieren

Offene Daten (Open Data) sind Daten, die der breiten Öffentlichkeit ohne weitere Einschränkungen – bis auf die Nennung der datenveröffentlichenden Stelle – zur Verfügung gestellt werden. Offene Daten werden kostenlos, maschinenlesbar und gegebenenfalls über Schnittstellen (API) verfügbar gemacht. Diese Art der Datenbereitstellung ohne Einschränkungen eröffnet vielfältige Weiterverwendungsformen für alle Menschen in Österreich. Open Data ist der Grundstandard der Bereitstellung von Daten des öffentlichen Sektors. Aber auch die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft sind dazu aufgerufen, offene Daten zur Nutzung durch die Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

In Österreich besteht bereits ein gut etablierter Metadatenstandard, der zu DCAT-AP weiterentwickelt werden soll. Weiters wurden Grundprinzipien der Zusammenarbeit und ein Forum für den Austausch in der Open-Data-Community etabliert. Dieser findet im Rahmen der Cooperation Open Government Data (OGD) Österreich statt. Mit data.gv.at verfügt Österreich bereits über ein zentrales Datenportal als einheitliche Anlaufstelle, das eine umfassende Bestandsliste für Open Government Data zur Verfügung stellt. Über opendataportal.at wird die Bereitstellung offener Daten durch die Wirtschaft, die Wissenschaft und die Zivilgesellschaft ermöglicht.

Kommentiert [T27]: DCAT-AP ist sicher ein gutes Modell. Jedoch sollte sich Österreich hier nicht a priori festlegen. Es könnte durchaus Metadatenfelder geben, die in DCAT-AP nicht enthalten sind, aber trotzdem von Bedeutung sind. Wichtig ist jedenfalls, dass Kompatibilität zu wichtigen Standards wie z.B. DCAT-AP gegeben ist.

Die Grundprinzipien von Open Data, was Zugänglichkeit, Weiterverwendung und Verteilung von Daten betrifft, werden bereits heute durch rechtliche und ethische Rahmenbedingungen gestützt. Das Informationsweiterverwendungsgesetz (IWG) bildet die horizontale Rechtsgrundlage für die Weiterverwendung von Daten öffentlicher Stellen und öffentlicher Unternehmen sowie öffentlich finanzierter Forschungsdaten. Im Rahmen des IWG werden auch sogenannte hochwertige Datensätze („high value datasets“ – HVD) definiert, die vom öffentlichen Sektor in ganz Europa kostenlos verfügbar zu machen sind.

Das verfassungsrechtlich verankerte Informationsfreiheitsgesetz (IFG), durch welches eine Zugangsregelung für Informationen von allgemeinem Interesse des öffentlichen Sektors geschaffen wird, soll zu einem weiteren Wachstum des Datenbestands auf dem österreichischen Datenportal data.gv.at führen. Der Datenkatalog des österreichischen Datenportals ist mit dem europäischen Datenportal data.europa.eu verbunden.

Die Bundesregierung unterstützt die weitergehende Verfügbarmachung offener Daten für das Gemeinwohl und zur Stärkung der Datenökonomie. Die Bundesregierung beabsichtigt die Ausgestaltung einer Open-Data-Strategie für Österreich.

Offene Daten stärken die Demokratie, indem sie die Transparenz über das Handeln des öffentlichen Sektors erhöhen. Dies trägt zu erhöhtem Vertrauen in staatliche Entscheidungsprozesse bei, vermeidet unnötige Amtswege und ermöglicht allen Bürgerinnen und Bürgern eine informierte und aktive Teilnahme am politischen Diskurs. Das bürgernahe, auf Feedback basierende und offene Vorgehen der Verwaltung wird als „offenes Regierungshandeln“ („Open Government“) bezeichnet.

Die Bundesregierung wird offene Daten als Grundstandard für die Verfügbarmachung von Daten vortreiben, um die Datennutzung in Österreich weiter zu verbessern.

Österreich beabsichtigt der internationalen Open Government Partnership (OGP) beizutreten, um den gemeinsamen Erfahrungsaustausch und Initiativen voranzutreiben.

3.1.3 Datenaltruismus fördern

Mit dem Data Governance Act wird rechtlich eine weitere Art der Datenbereitstellung und Datennutzung etabliert. Unter Datenaltruismus ist die freiwillige gemeinsame Nutzung von Daten zu verstehen, die auf der Einwilligung der dateninhabenden Stelle beruht, ohne dass diese dafür ein Entgelt erhält, das über eine Entschädigung für die durch die Bereitstellung der Daten entstehenden Kosten hinausgeht.

Einzelpersonen können demzufolge eigene Daten für das Gemeinwohl spenden, etwa für Forschungszwecke. Solche Datenspenden können zum Allgemeinwohl beitragen und beispielsweise öffentliche Projekte in ihrer Entwicklung unterstützen. Besonders in den Bereichen Gesundheit, Umwelt und Mobilität weisen die Daten großes Potenzial auf, um vor allem Forschung voranzutreiben. Der Data Governance Act sieht die Einrichtung einer Behörde zur Registrierung und Beaufsichtigung von anerkannten datenaltruistischen Organisationen vor.

Die Bundesregierung wird mit der Einrichtung einer zuständigen Behörde für die Registrierung anerkannter datenaltruistischer Organisationen vertrauenswürdige Rahmenbedingungen für Datenspenden schaffen.

Österreich möchte durch einen eigenen strategischen Ansatz stärker zur Bewusstseinsbildung über die Möglichkeit der Datenspende beitragen. Dazu wird eine aktive Aufklärung über die Möglichkeiten der Nutzung der Datenspenden aufgeklärt. Entsprechend den vorgegebenen gesetzlichen

Rahmenbedingungen sollen künftig Datenspenden für das Gemeinwohl an anerkannte datenaltruistische Organisationen ermöglicht und gefördert werden.

Die Bundesregierung wird Überlegungen zur Ausgestaltung einer Strategie für Datenaltruismus einleiten, um das Bewusstsein der Bevölkerung über die Bedeutung von Datenspenden für das Gemeinwohl zu stärken.

Kommentiert [STAT28]: Das ist nicht weitreichend genug. Diese Strategie für Datenaltruismus sollte sich nicht auf Einzelpersonen beschränken, sondern auch Vereine, Institute, Unternehmen, etc. umfassen.

3.2 Vertrauen in eine innovative Datenkultur aufbauen

Um eine positive Datenkultur und einen proaktiven Zugang zum Austausch von Daten zu fördern, braucht es in erster Linie Vertrauen in der Bevölkerung. Dieses Vertrauen kann durch den Aufbau entsprechender Strukturen und dem Einsatz qualifizierter Ansprechpersonen in Form von beispielsweise Datenbeauftragten, Open-Data-Beauftragten oder Data Stewards gefördert werden. Auf diese Weise soll ein geeigneter Rahmen entstehen, in dem Daten, bzw. die Weiterverwendung dieser Daten, insbesondere im Hinblick auf die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben geprüft werden.

Datenbeauftragte wirken als zentrale Ansprechpersonen der jeweiligen Organisationseinheit auf die Identifizierung, Bereitstellung und Weiterverwendung von Daten hin. Sie fungieren kompetent, beratend und unterstützend für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und fördern den Datenaustausch über Organisationseinheiten hinweg. Diese Ansprechpersonen handeln in Ergänzung zu den Datenschutzbeauftragten der jeweiligen Organisationseinheiten und stimmen sich mit diesen zu Fragen des Datenschutzes ab. Die Bundesregierung möchte, dass diese Ansprechpersonen bei sämtlichen Dienststellen der Verwaltung etabliert werden.

Die Bundesregierung wird die Einrichtung von Ansprechpersonen, die unterstützend für die Datennutzung zur Verfügung stehen, in der Verwaltung vorantreiben und in der Wirtschaft und Forschung bestärken.

Die Auswirkungen auf die unterschiedlichen Bereiche unserer Gesellschaft werden nachfolgend beschrieben.

3.2.1 Eine offene Datenkultur im öffentlichen Sektor etablieren

Der öffentliche Sektor erhebt und verarbeitet eine Vielzahl von Daten und hat das Ziel, den innovativen Umgang mit Daten innerhalb der Verwaltung und im Rahmen hoher Datenschutzstandards zu etablieren. In weiterer Folge wird die Öffnung von Datensilos und die verbesserte Nutzung von Datenbeständen über unterschiedliche Organisationseinheiten hinweg angestrebt. Das Once-Only-Prinzip kommt hier zur Geltung. Es sieht vor, dass Daten nur ein einziges Mal gespeichert und von einer sicheren Datenquelle abgefragt werden können.

Die öffentliche Verwaltung orientiert sich am Leitprinzip der Erstellung und Verfügbarmachung von Daten nach dem Grundsatz „konzeptionell und standardmäßig offen“.

Durch die Umsetzung dieser Vorhaben kann der öffentliche Sektor eine Vorreiterrolle bei der Datennutzung einnehmen.

Anhand von Erfolgsstories im Zuge der Digitalisierung der Verwaltung soll der Bevölkerung gezeigt werden, wie Daten zur Stärkung des Gemeinwohls und zur Schöpfung wirtschaftlichen Mehrwerts beitragen können.

Durch eine gesteigerte Partizipation und Transparenz soll das Vertrauen der Bevölkerung und der Wirtschaft in die Verwaltung gestärkt werden. Dies betrifft einerseits die Bereitstellung von offenen Daten, die Verfügbarmachung von geschützten Daten in sicheren Verarbeitungsumgebungen und die

Partizipation an gemeinsamen Datenräumen. Entsprechende Rahmenbedingungen, die in Einklang mit der Europäischen Union gesetzt werden, sollen dieses Vertrauen weiter festigen.

Insbesondere mit der Umsetzung des Data Governance Act wird die rechtliche Grundlage geschaffen, unter welchen Bedingungen Daten zur Verfügung gestellt werden können.

Die Bundesregierung möchte innerhalb der öffentlichen Verwaltung durch Bereitstellung von personellen Ressourcen und technischen Kapazitäten Rahmenbedingungen schaffen, die es ermöglichen, Datenbestände für Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft in vermehrtem Ausmaß und in besserer Qualität nutzbar zu machen.

3.2.2 Auf Innovation, Data Science und Open Science fokussieren

Im Forschungs- und Wissenschaftssektor besteht bereits eine Vielzahl an Aktivitäten zur Steigerung der Interdisziplinarität und der übergreifenden Datennutzung. Diese Konzepte möchte die Bundesregierung unter der Wahrung des jeweiligen geistigen Eigentums weiter aktiv vorantreiben. In diesem Zusammenhang sollen verstärkt Data Scientists eingerichtet werden sowie eine weitergehende Umsetzung der nationalen Policy zu Open Science und der European Open Science Cloud (EOSC) vorangetrieben werden. Die nationale Datenstrategie steht hier im Einklang mit der Strategie für Forschung, Technologie und Innovation (FTI-Strategie 2030) und dem damit verbundenen Forschungsinfrastruktur-Aktionsplan 2030.

Die Bundesregierung beabsichtigt, die Bedeutung von Interdisziplinarität und übergreifender Datennutzung, insbesondere für die Forschung, durch gezielte Kommunikation und Bewusstseinsbildung und anhand von konkreten Use Cases in den Vordergrund zu rücken.

Österreich wirkt aktiv am Prozess der European Open Science Cloud (EOSC) mit und unterstützt die Ausrichtung des forschungsbezogenen Datenmanagements anhand der FAIR-Data-Prinzipien. Die Umsetzung der Open-Science-Strategie für Österreich ist für die Wissenschaft und Forschung von übergreifender Bedeutung.

3.2.3 Potenziale für die Datenwirtschaft durch Zusammenarbeit und die Förderung von Datenökosystemen freisetzen

Unternehmen müssen dazu ermutigt werden, eigene Datenanalysefähigkeiten auf- und auszubauen und die Nutzung von Daten im eigenen Umfeld zu stärken. Hierfür erforderlich ist eine innovationsorientierte Datenkultur innerhalb eines jeden Unternehmens, basierend auf einem bestimmten Grad an Offenheit bzw. auf der Öffnung etablierter Datensilos zur Freisetzung übergreifender Datenpotenziale. Viele dieser Potenziale wurden bislang nur unzureichend identifiziert und die entsprechenden wirtschaftlichen Chancen nicht genutzt, wie Analysen zeigen: Über 90 Prozent der Daten in Unternehmen werden nicht genutzt.¹ Daher bedarf es entsprechender Kommunikations- und Unterstützungsmaßnahmen, etwa durch die Einrichtung von Data Stewards, um die dringend notwendige verstärkte Nutzung der Potenziale einer datengestützten Wirtschaft zu begleiten.

Österreich möchte über die Schaffung gemeinsamer Datenräume das Vertrauen unterschiedlicher wirtschaftlicher Akteure in die gemeinsame Verwendung von Daten stärken. Eine wesentliche Rolle nehmen hier Initiativen wie Gaia-X ein. Anhand von konkreten Datenräumen, Nutzungsbeispielen und Anwendungen sollen die Innovationsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreichs gesteigert werden.

Zusätzlich sollen durch die Umsetzung der österreichischen Datenstrategie Rahmenbedingungen geschaffen werden, die für Unternehmen Investitionen in deren Dateninfrastrukturen attraktivieren.

Kommentiert [STAT29]: Man sollte hier auch die Möglichkeit der Einbindung von Daten aus privater Hand andenken.

Kommentiert [T30]: Wesentlich sind dabei die Etablierung einer Data Governance mit der Zuweisung der Funktionen nach DGA und Common European Data Spaces. Insofern spielt die Data Governance des öffentlichen Sektors eine wichtige Rolle, wie die Datenstrategie zurecht betont. Auch private Initiativen können eine wichtige Rolle spielen, z.B. als Innovationstreiber.

Die Bundesregierung wird den Aufbau sicherer und vielfältiger Datenökosysteme und Datenräume zur verantwortungsvollen gemeinsamen Nutzung von Daten auf Basis ethischer Grundprinzipien und rechtlicher Grundlagen vorantreiben. Ein Schwerpunkt dabei soll auf der Erhöhung der Partizipation und des Digitalisierungsgrads von Klein- und Mittelbetrieben (KMU) liegen.

3.2.4 Teilhabe, Nicht-Diskriminierung und Transparenz zum Wohle der Gesellschaft fördern

Bürgerinnen und Bürger fühlen sich oft nicht ausreichend über Entscheidungsprozesse des Staates informiert, was sich negativ auf das Vertrauen in staatliches Handeln auswirken kann. Zur Verbesserung des Vertrauens und der Transparenz ist es notwendig, aktuelle Entwicklungen anhand von Daten übersichtlich zu visualisieren und zu verdeutlichen. Ebenso ist evidenzbasierte Politik und Gesetzgebung zunehmend von Bedeutung, also datengestützte Entscheidungen. Die intelligente Nutzung von Daten und neuen Technologien kann Entscheidungsprozesse in der Verwaltung und Politik effizienter und schneller gestalten. Public Value Assessments sollen dazu beitragen, den Mehrwert der Datennutzung in konkreten Anwendungsfällen für die Öffentlichkeit besser zu veranschaulichen.

Laufende Bestrebungen im Bereich Open Data fördern Partizipation, Transparenz und den diskriminierungsfreien Zugang zu Daten. Open Data ist häufig der erste Schritt zur Etablierung einer innovativen Datenkultur. Das Ziel ist es, Österreich als attraktiven Wissens- und Innovationsstandort zu positionieren.

Die Bundesregierung möchte durch verständlich aufbereitete Visualisierungen, einen erleichterten Zugang zu Daten des öffentlichen Sektors und verbesserte Informationsaufbereitungen auf Websites das Vertrauen in staatliches Handeln weiter stärken.

3.3 Datenkompetenz in Österreich erhöhen

Für eine erfolgreiche Behauptung Österreichs im internationalen Vergleich sind Maßnahmen zur Steigerung der Datenkompetenz auf unterschiedlichen Ebenen von ausschlaggebender Bedeutung.

3.3.1 Digitale Basiskompetenzen stärken

Alle Bürgerinnen und Bürger sollen durch ein breites Angebot an Bildungsmaßnahmen zu Data Literacy zur Partizipation in der Datenökonomie motiviert werden. Insbesondere soll ein Verständnis für die potenziellen Mehrwerte einer verantwortungsvollen Mehrfachnutzung von Daten vermittelt werden. Genauso soll die Öffentlichkeit auf die verpassten Chancen hingewiesen werden, die sich aus einer Nicht-Nutzung von Daten ergeben, sowie auf die negativen Auswirkungen, die eine Verwendung von fehlerhaften Daten haben können.

Generell müssen Kompetenzen für einen souveränen, verantwortungsvollen Umgang mit Daten in der österreichischen Bevölkerung verankert werden. Zu diesem Zweck wird die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren geeignete Initiativen und Programme fördern, die Data Literacy als zentralen Bestandteil des lebenslangen Lernens vorsehen. Dabei sollen sowohl formelle als auch informelle Bildungsangebote berücksichtigt werden, die sich an verschiedene Zielgruppen, wie Schülerinnen und Schüler, Studierende, Erwachsene, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Seniorinnen und Senioren richten.

Durch die Digitale Kompetenzoffensive für Österreich (DKO) sollen bis 2030 möglichst alle Menschen in Österreich über grundlegende digitale Kompetenzen verfügen. Des Weiteren soll die Zahl der IT-Fachkräfte und hier wiederum der Anteil der weiblichen IT-Fachkräfte gesteigert werden. Digitale

Talente müssen gefördert werden. Zudem soll die Einführung eines nationalen Referenzrahmens digitale Fähigkeiten mess- und vergleichbar machen.

Im Rahmen der digitalen Kompetenzoffensive wird die Bundesregierung digitale Basiskompetenzen in der Bevölkerung verankern. Die Bürgerinnen und Bürger sollen zu einem souveränen, verantwortungsvollen Umgang mit Daten befähigt werden, wie auch dazu, die Chancen und Risiken der Datenökonomie kritisch zu reflektieren.

3.3.2 Fachkräfte für die Datenökonomie sichern

Um der Nachfrage nach Fachkräften im Kontext der Datenwirtschaft am Arbeitsmarkt gerecht werden zu können, sind entsprechende Weiterbildungsmöglichkeiten und Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich.

Die Bundesregierung plant in Abstimmung mit den Stakeholdern im Bildungssystem, bestehende Ausbildungskonzepte und Curricula zu modifizieren und neue Ausbildungswege zu schaffen, vor allem zum Ausbau von Qualifikationen von Fachkräften für die verbesserte Nutzung der Potenziale der Datenökonomie.

Neben entsprechenden fachlichen Qualifikationen ist ein generelles Verständnis für Datenvisualisierung und Datenanalyse insbesondere bei Entscheidungsträgern notwendig. Um eine verantwortungsbewusste Nutzung der Möglichkeiten von maschinellem Lernen und KI-Algorithmen sowie eine kritische Beurteilung von datenbasierten Aussagen vornehmen zu können, sind grundlegende Kenntnisse über Vorgehensmodelle und die potenziellen Fallstricke bei der Generierung von Mehrwerten aus Daten erforderlich. Durch entsprechende Maßnahmen sollen Menschen im Berufsleben fit für die Herausforderungen der Digitalisierung in ihrem beruflichen Umfeld gemacht werden. Eine entsprechend breite Qualifizierung trägt zur Sicherung des heimischen Wirtschaftsstandorts bei. Die Digitale Kompetenzoffensive adressiert den Bereich der IKT-Fachkräfte mit einem eigenen Schwerpunkt.

3.3.3 Innovative Kompetenzen in der öffentlichen Verwaltung stärken

Die öffentliche Verwaltung muss mit den Herausforderungen der Gegenwart Schritt halten können und für zukünftige Herausforderungen gewappnet sein. Hierfür ist es erforderlich, die digitalen Kompetenzen im öffentlichen Sektor auf ein höheres Niveau zu heben und zielorientiert auszubauen. Ziel ist die Stärkung von Kapazitäten hin zu einer modernen und serviceorientierten Verwaltung, die sich offen zeigt für Feedback von Nutzenden und für kontinuierliche Verbesserungen auf Basis laufender Erfahrungen.

Insbesondere ist die Etablierung von Ansprechpersonen und Strukturen im öffentlichen Sektor erforderlich, die interessierten Datennutzenden Unterstützung beim Auffinden und bei der Weiterverwendung von Daten geben können und Datenbesitzenden für eine effiziente Bereitstellung von Datenbeständen beratend zur Seite stehen. Dies soll primär durch Data Stewards geschehen, für deren Ausbildung ebenfalls entsprechende Vorkehrungen zu treffen sind.

Durch die Stärkung der digitalen Kompetenzen aller Bediensteten in der Verwaltung wird die Bundesregierung die Grundlage für einen modernen, serviceorientierten Staat weiter ausbauen.

¹ Vgl. Green Data Hub Projekt - Orientierungsbericht zu wirtschaftlichen Herausforderungen inklusive Lösungsansätzen (Mai 2023). Data Intelligence Offensive, Accenture. Zuletzt abgerufen am 29.02.2024 (<https://www.green-datahub.at/projektergebnisse>).

Ergänzungsvorschläge, die über die Kommentierung von Absätzen hinausgehen

Kapitel 1.1.1 Sichere Cloudinfrastrukturen, Schlüsseltechnologien, Architekturen für Datenräume und Instrumentarien zur Anonymisierung und Pseudonymisierung von Daten fördern

Die Anforderungen an die Dateninfrastruktur müssten auch die Interoperabilität unterstützen

Ergänzungsvorschlag:

Österreich muss zahlreiche (v.a. technische und strukturelle) Lücken schließen und die Interoperabilität zwischen einzelnen Dateninhaber:innen erhöhen, um eine umfassende öffentliche Dateninfrastruktur zu ermöglichen. Diese sollte alle gesellschaftlich (sozial, wirtschaftlich, ökologisch) relevanten Daten enthalten und Datenprozesse von der Konzeption über die Erhebung bis zur Analyse und Kommunikation unterstützen. Diese Infrastruktur setzt sich aus verschiedenen Dateninfrastrukturen zusammen, die über ein übergeordnetes Zugriffselement erreicht werden können. Sie muss insofern offen zugänglich sein, dass sie die Datennutzung für unterschiedliche Zielgruppen mit unterschiedlichen Zugriffsrechten erlaubt, und zwar unter Berücksichtigung der mit verschiedenen Datenarten jeweils verbundenen Risiken.

Die Bundesregierung wird eine Dateninfrastruktur implementieren, die es Nutzer:innen ermöglicht, Daten in sicheren Informationsumgebungen zu verwenden. Dies schließt auch die Verknüpfbarkeit von Daten aus unterschiedlichen Quellen ein.

1.2 Daten des öffentlichen Sektors, der Wirtschaft und der Wissenschaft füreinander zugänglich machen

Ergänzungsvorschlag:

Kapitel 1.2.x Möglichkeiten zur Verknüpfung von Datenbeständen schaffen

In der Möglichkeit, Daten aus verschiedenen Quellen verknüpfen zu können liegt ein Mehrwert, der für einen Erkenntnisgewinn aus den genutzten Daten sorgen kann für mehr Wachstum, Wohlstand und Nachhaltigkeit und eine bessere Reaktionsfähigkeit bei Krisen. Eine der Hauptdefizite in der Datensituation während der COVID-19 Pandemie lag in der mangelnden Verknüpfbarkeit.

Das System der bereichsspezifischen Personenkennzeichen in Österreich schafft hier zwar gute Voraussetzungen was die datenschutzrechtliche Seite angeht, aber oftmals ist die Verknüpfbarkeit aufgrund uneindeutiger (semantischer) Konzepte oder mangelnde Metadaten eingeschränkt.

Die Bundesregierung wird die Möglichkeiten die Verknüpfung von Datenbeständen unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen forcieren. In sicheren Arbeitsumgebungen („Datenräumen“) sollen für Nutzer:innen Datenbestände aus verschiedenen Quellen insbesondere der Verwaltung und der Amtlichen Statistik verknüpfbar zur Verfügung gestellt werden können.

Kommentiert [STAT31]: Im Kapitel fehlt, dass die Möglichkeit der Datenverknüpfbarkeit gegeben sein sollte.

Kapitel 1.3.1 Datenqualität im öffentlichen Sektor kontinuierlich verbessern

Ergänzungsvorschlag:

Es muss die Zielsetzung sein, die Qualität des Datenökosystems kontinuierlich zu verbessern. Dazu ist es notwendig, die Qualität sämtlicher verfügbarer Datenbestände im nationalen Datenökosystem kontinuierlich und in regelmäßigen Abständen zu monitoren und zu verbessern. Die Informationen über Datenqualität sind für Nutzer:innen essentiell. Als Ergebnis des Monitorings wäre eine standardisierte Bewertung jedes nutzbaren Datenbestandes vorzunehmen, die dann auch im nationalen Datenkatalog als Qualitätslabel aufscheint. Die Implementierung der für die Umsetzung des DGA notwendigen Strukturen schaffen die Voraussetzung die hierfür notwendigen Prozesse aufzusetzen.

Die Bundesregierung wird die im Zuge der Implementierung des DGA Prozesse aufsetzen, die ein kontinuierliches Monitoring und die Verbesserung der Datenqualität erlauben. Als Resultat des Monitorings ergibt sich eine Zertifizierung aller im Datenkatalog gelisteter Datenbestände. Die Verantwortlichkeit für die Qualitätssicherungsprozesse soll bei einer zentralen Stelle verortet sein, die bei der Ausübung dieser Tätigkeit unabhängig sein muss.

Kommentiert [T32]: Hier fehlt ein Prozess zur Qualitätssicherung

Kapitel 2.2 Essenzielle Strukturen für das österreichische Datenökosystem einrichten

Ergänzungsvorschlag

Kapitel 2.2.2a: Einrichtung einer Zentralen Informationsstelle (ZIS)

Im Sinne des DGA ist eine Zentrale Informationsstelle (ZIS) einzurichten. Diese sollte höchstes Vertrauen in der Bevölkerung, der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung genießen. Dies wird am besten dadurch sichergestellt, dass die Stelle unabhängig ist. Damit trotz Unabhängigkeit höchste Qualität sichergestellt ist, braucht es eine externe Qualitätskontrolle durch Expertinnen und Experten (Peer Review). Das Gebot der Sparsamkeit legt überdies nahe, dass die Stelle wirtschaftliche Skalenvorteile hinsichtlich Prozessen, Fachkompetenz der Mitarbeiter und technologische Infrastruktur aufweisen sollte.

Die Stelle sollte über etablierte Standards im Umgang mit Datensammlung, -aufbereitung und -bereitstellung aufweisen und ein erprobtes Krisenmanagement haben. und horizontale (d.h. themenübergreifende) Daten- und Methodenkompetenz vorweisen. Eine Kultur der engen Vernetzung z.B. zum Austausch von Best Practices mit anderen Ländern (horizontal) und mit internationalen Institutionen (vertikal) sollte sie auszeichnen. Erfahrung als Interoperabilitätsplattform (z.B. im Umgang mit APIs), sowie im Bereitstellen von sicheren, geschützten Zugängen zu Daten sind weitere Voraussetzungen

Kommentiert [T33]: 1. Wichtig wäre die Zuweisung von Funktionen klar zu benennen oder zumindest Kriterien, die die Institution erfüllen muss.
2. Zudem sind die wichtigsten Proponenten im nationalen Datenökosystem letztendlich die öffentlichen Stellen. Diese fehlen auch und müssen ergänzt werden.

Die Bundesregierung wird eine Zentrale Informationsstelle im Sinne des DGA einrichten die es öffentlichen und zuständigen Stellen ermöglicht, Daten in einer sicheren Informationsumgebung zur Verfügung zu stellen. Metadaten über offene und closed Daten können hier durch Nutzer:innen abgefragt werden. Weiters ist der Bezug über derzeit nicht offen verfügbare Daten unter Nutzung eines automatisierten Antragsmanagements möglich.

Kommentiert [STAT34]: Quelle: Stellungnahme des Statistisches vom 07.09.2022

Ergänzungsvorschlag

Kapitel 2.2.4a: Bestmögliche Unterstützung der öffentlichen Stellen

Öffentliche Stellen sind jene Institutionen, die als **Datenhalterinnen** für die Haltung und Pflege von Daten (entweder closed oder open data) verantwortlich sind. Jede öffentliche Stelle kann Datenbestände halten, die zu einer zuständigen Stelle ressortieren oder selber zuständige Stelle sein. Es besteht auch die Möglichkeit, dass eine öffentliche Stelle eine Vielzahl von Datenbeständen besitzt, die zu unterschiedlichen Zuständigen Stellen ressortieren.

Die fachgerechte und die nach gültigen Qualitätsanforderungen Haltung von Metadaten und das datenschutzrechtlich regelkonforme Verfügbarmachen von Datenbeständen ist eine wichtige Determinante für jegliche Datennutzung im nationalen Datenökosystem. Um dies zu gewährleisten, muss öffentlichen Stellen die bestmögliche Unterstützung zuteilwerden. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit kann sich diese Serviceleistung auf folgende Aspekte beziehen:

- Geheimhaltung und Datenschutz
- Datenverknüpfung und Datenintegration
- Metadatenpflege
- Datenqualität

Die Bundesregierung wird Prozesse etablieren, die öffentliche Stellen als Dateninhaber:innen bei der Pflege, Verfügbarmachung und datenschutzkonformen Bereitstellung von Daten bestmögliche Beratung und Unterstützung zukommen lassen .